



++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++

Finanztransaktionssteuer belastet Unternehmen

Von Dr. Thomas A. Lange

Die Finanzierung von Unternehmen stellt heute vielfach Anforderungen, die weit über eine Kreditvergabe hinausgehen. Erforderlich sind häufig eine Vielzahl von Finanzinstrumenten wie z.B. Kredite, Anleihen, Geldmarktpapiere, Schuldscheindarlehen, die Ausgabe von Aktien sowie eventuelle hybride Finanzierungsformen. Hinzu kommen Dienstleistungen im Bereich des Liquiditätsmanagements und der Verwaltung von Finanzanlagen oder liquider Mittel. Und in Zeiten volatiler Märkte kommt der Absicherung von Währungs-, Zins- und Rohstoffpreisrisiken eine erhebliche Bedeutung zu. Viele dieser Instrumente werden künftig mit Finanztransaktionssteuer belastet, die bei den Nutzern als zusätzliche Kosten anfällt, wenn ein entsprechender EU-Vorschlag umgesetzt würde.

Dabei sollte sich niemand durch scheinbar günstige Steuersätze von 0,1 % z. B. bei Anleihen und Aktien oder 0,01 % auf den Nominalwert von Derivaten täuschen lassen. Da bei Transaktionen zwischen Finanzinstituten die Steuer auf beiden Seiten anfällt, verdoppelt sie sich. Hinzu kommen Kaskadeneffekte, d. h. die erneute Belastung bei weiteren Transaktionen. Investoren werden selbstverständlich



Dr. Thomas A. Lange ist Vorsitzender der Bankenvereinigung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, und Vorsitzender des Vorstands der National-Bank AG, Essen

diese Kosten in ihre Anlageentscheidung einbeziehen und z. B. bei Anleihen eine höhere Emissionsrendite verlangen. Damit steigen die Finanzierungskosten für die Unternehmen. Besonders problematisch - gerade auch aus Sicht mittelständischer Unternehmen - stellt sich die massive Verteuerung der derivativen Absicherungsinstrumente dar. Denn die Steuer in Höhe von 0,01 % fällt auf deren Nominalwert an. So kostete nach einer Studie von Oliver Wyman ein Absicherungsgeschäft über 25 Mio. US-\$ durch einen einwöchigen Swap 279,00, hinzu kämen dann 2.500 Finanztransaktions-

steuer (0,01 % von 25 Mio.). Hinzu kommt ggf. der gleiche Betrag, nämlich dann, wenn beide an der Swap-Transaktion beteiligte Finanzinstitute sind. Bei Anschlusstransaktionen – wie sie z. B. bei Devisenabsicherungsgeschäften die Regel sind – steigen die Kosten weiter. Wohlgemerkt: es handelt sich um ein realwirtschaftlich induziertes Geschäft. Damit kommen erhebliche Belastungen auf den deutschen Außenhandel zu. Zur Erinnerung: rund 60 % des Volumens werden mit Nicht-Eurostaaten abgewickelt.

Statt sich auf ein Experiment einzulassen, dessen negative Folgen vorprogrammiert sind, sollte die Politik besser den bisher beschrittenen Weg zur Reform der Bankenregulierung weiterverfolgen. Stichworte sind hier höhere Eigenkapitalanforderungen, stärkere Regulierung und Transparenz im Eigenhandel und bei Derivaten, Europäische Bankenaufsicht und anderes mehr. Damit wurde bereits viel zur Erhöhung der Finanzmarktstabilität erreicht. der Bankenregulierung weiterverfolgen. Stichworte sind hier höhere Eigenkapitalanforderungen, stärkere Regulierung und Transparenz im Eigenhandel und bei Derivaten, Europäische Bankenaufsicht und anderes mehr. Damit wurde bereits viel zur Erhöhung der Finanzmarktstabilität erreicht.